



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV

CAJ/III/ 6

ORIGINAL: englisch

DATUM: 7. November 1978

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENÈVE

VERWALTUNGS- UND RECHTSAUSSCHUSS**Zweite Tagung****Genf, 15. bis 17. November 1978****ZUSAMMENARBEIT MIT DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**vom Verbandsbüro vorbereitetes Dokument

Auf seiner vierten ausserordentlichen Tagung vom 18. Oktober 1978 hat der Rat erörtert, ob es wünschenswert sei, eine Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der UPOV herzustellen. Der Rat wurde darüber unterrichtet, dass zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der WIPO ein Briefwechsel stattgefunden hat, der einen Zusammenarbeitsvertrag begründet. Die betreffenden Briefe sind als Anlage II diesem Dokument beigelegt. Der Rat hat den Verwaltungs- und Rechtsausschuss gebeten, diese Frage auf seiner zweiten Tagung vom 15. bis 17. November 1978 zu prüfen; er hat das Verbandsbüro gebeten, die Erörterung durch Vorlage eines Dokuments über die mit dem Abschluss eines Zusammenarbeitsvertrags zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der UPOV zusammenhängenden Fragen vorzubereiten (siehe Absatz 8 von Dokument C(Extr.)/IV/3). Dieses vorbereitende Dokument ist als Anlage I diesem Dokument beigelegt.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN EUROÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

I. Allgemeines

1. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften (die sich zusammensetzen aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, die als selbständige Gemeinschaften auf Grund gesonderter, in der Zeit von 1951 bis 1957 geschlossener Verträge errichtet wurden) sind: Belgien, Dänemark, Deutschland (Bundesrepublik), Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich (9).
2. Die Europäischen Gemeinschaften haben die Aufgabe, eine harmonische Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeiten zu fördern und zu einer Wirtschaftsausweitung, einer Verbesserung der Beschäftigungslage, dem Anwachsen des Lebensstandards in ihren Mitgliedsstaaten, zu engeren Beziehungen zwischen den besagten Staaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit anderen Ländern beizutragen. Aus diesem Grund erstrecken sich die Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaften unter anderem auf die Herstellung eines Gemeinsamen Markts (für Kohle und Stahl und für andere Wirtschaftsgüter), die Angleichung der Gesetze seiner Mitgliedsstaaten, soweit dies für das ordnungsmässige Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist, die Beseitigung von Hindernissen für den freien Verkehr für Personen, Dienstleistungen und Kapital, die Annahme einer gemeinsamen Politik auf den Gebieten der Landwirtschaft und des Verkehrs sowie die Anwendung von Verfahren zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten.
3. Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen: die Versammlung, den Gerichtshof und den Wirtschafts- und Sozialausschuss (die durch den Vertrag von 1957 geschaffen wurden), sowie ferner durch den Rat und die Kommission (die in ihrer gegenwärtigen Organisationsform durch einen Vertrag von 1965 errichtet wurden).
4. Es fällt in die Zuständigkeit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sicherzustellen, dass die Bestimmungen der Verträge, durch die diese Gemeinschaften errichtet sind, sowie die Massnahmen der hiernach eingesetzten Organe angewandt werden, zu den in den genannten Verträgen geregelten Fragen Empfehlungen auszusprechen und Stellungnahmen abzugeben, bei der Ausarbeitung der von dem Rat und der Versammlung zu ergreifenden Massnahmen teilzunehmen und die Befugnisse wahrzunehmen, die der Rat ihr zur Ausführung der von ihm erlassenen Regeln übertragen hat.

II. Zusammenarbeit zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der WIPO

5. Die WIPO hat einen Zusammenarbeitsvertrag mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften geschlossen. Das Interesse der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums umfasst: die Errichtung eines Gemeinschaftspatentsystems; die Vorbereitung eines Gemeinschaftsrechts für Warenzeichen; die Anwendung bestehender Gemeinschaftsrechte über Ursprungsbezeichnungen für Wein und Käse; die Prüfung nationaler Gesetze innerhalb der Gemeinschaften, die sich allgemein auf geographische Angaben beziehen, mit dem Ziel der Angleichung auf der Gemeinschaftsebene; vergleichbare Untersuchungen auf den Gebieten der Handelsnamen, der Muster und Modelle, des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen, von know-how und von Computerprogrammen, des Rechts über den unlauteren Wettbewerb und bestimmter Aspekte des Urheberrechts, die Überwachung der Auswirkungen gewerblicher Schutzrechte auf den inneren Markt der Gemeinschaften und deren Aussenhandel; die Verwaltung und die Dokumentation bestimmter Kategorien von gewerblichen Schutzrechten.
6. Der Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der WIPO ist durch einen Briefwechsel zwischen dem Präsidenten der Kommission und dem Generaldirektor der WIPO geschlossen worden. Diese Schreiben werden in der Anlage II zu diesem Dokument wiedergegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen des Zusammenarbeitsvertrags sich nur auf die Zusammenarbeit zwischen der WIPO und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften beziehen und nicht auch auf die Arbeitsbeziehungen oder die Zusammenarbeit zwischen der WIPO und anderen Organen der Europäischen Gemeinschaften.

III. Künftige Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der UPOV

7. Die Europäischen Gemeinschaften befassen sich sehr eingehend mit der Regelung der Erzeugung und dem gewerblichen Vertrieb von Saatgut und Pflanzenmaterial, einschliesslich der Prüfung von Pflanzensorten. Da die in diesem Zusammenhang ausgeführte Prüfung in einem gewissen Umfang mit der Prüfung vergleichbar ist, die vor der Erteilung von Züchterrechten durchgeführt wird, hat ein Beamter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im November 1977 das Verbandsbüro besucht und sich darüber informiert, wie eine auf technische Fragen beschränkte Zusammenarbeit zwischen seinem Amt und der UPOV hergestellt werden kann (siehe Absatz 37 des Dokuments CC/XVI/5). Die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der UPOV, die im Anschluss an diesen Besuch hergestellt wurde, besteht im wesentlichen aus dem Austausch von Dokumenten. Das Verbandsbüro übersendet Entwürfe und abschliessende Fassungen von Prüfungsrichtlinien an die Kommissionen der Europäischen Gemeinschaften.

8. Die Entscheidung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften betreffend Verfahren nach Artikel 85 des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Sortenschutzgebung, Maissaatgut) und die Teilnahme von Vertretern der Europäischen Gemeinschaften an der Diplomatischen Konferenz der UPOV im Oktober dieses Jahres sind ein Indiz für das wachsende Interesse der Europäischen Gemeinschaften an Fragen des Sortenschutzes. Da sieben der gegenwärtig zehn Verbandsstaaten der UPOV Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind, sollte festgestellt werden, ob nunmehr auf dem Gebiet des Sortenschutzes eine förmliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen hergestellt werden sollte. Falls dies bejaht wird, müsste entschieden werden, ob und in welchem Umfang ein hierauf gerichteter Zusammenarbeitsvertrag dem Beispiel des Briefwechsels zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der WIPO folgen sollte.

9. Dem Ausschuss wird anheimgegeben, dem Rat die notwendigen Empfehlungen zu unterbreiten.

[Anlage II folgt]

ANLAGE II

SCHREIBEN DES PRÄSIDENTEN DER KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (EG),
HERRN ROY JENKINS, AN DEN GENERALDIREKTOR DER WIPO, DR. ARPAD BOGSCH,
vom 5. JULI 1977

Ich beehre mich, auf Ihr Schreiben vom 9. Januar 1976 Bezug zu nehmen, in dem Sie den Abschluss eines Arbeitsvertrags zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften vorgeschlagen haben.

Im Anschluss an die Konsultationen, die seit diesem Zeitpunkt zwischen unseren Vertretern stattgefunden haben, möchte ich Ihnen vorschlagen, dass unsere künftige Zusammenarbeit auf die nachfolgenden Bestimmungen gestützt wird:

1. Die Kommission und die Organisation tauschen falls erforderlich alle einschlägigen Informationen und Dokumente auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums aus.
2. Zwischen der Kommission und der Organisation finden periodisch Konsultationen statt, um im voraus die Sitzungen von gemeinsamem Interesse festzulegen, an denen jede von Ihnen auf Einladung der anderen teilnehmen kann.
3. Die Kommission und die Organisation konsultieren sich auch darüber, ob die gemeinsame Einberufung von Seminaren und Symposien möglich ist, und arbeiten, wo es angezeigt erscheint, bei anderen Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse zusammen.

Die Kommission ist bereit in Betracht zu ziehen, dass Vertreter der Organisation in geeigneten Fällen eingeladen werden, sich an den vorbereitenden Arbeiten der Kommission auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums zu beteiligen, bevor die Kommission ihre förmlichen Vorschläge ausarbeitet oder ihre Beschlüsse fasst.

Es wird davon ausgegangen, dass eine Beteiligung der Europäischen Gemeinschaften an der Aushandlung von Verträgen oder anderen internationalen Urkunden im Rahmen von Diplomatischen Konferenzen, die von der Organisation einberufen werden, den Gegenstand der einschlägigen Beschlüsse bilden wird, die die zuständigen Organe der Organisation oder der von der Organisation verwalteten Verbände oder der in Rede stehenden Konferenzen treffen werden.

Sollten Sie den Bestimmungen zu 1 und 3 oben zustimmen können, so schlage ich vor, dass diese den Zusammenarbeitsvertrag auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften der Weltorganisation für geistiges Eigentum bilden werden.

SCHREIBEN DES GENERALSEKRETÄRS DER WIPO, DR. ARPAD BOGSCH,
AN DEN PRÄSIDENTEN DER KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (EG),
HERRN ROY JENKINS, VOM 15. JULI 1977

Ich beehre mich den Eingang Ihres Schreibens vom 5. Juli 1977 zu bestätigen, in dem Sie vorschlagen, dass die künftige Zusammenarbeit zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Weltorganisation für geistiges Eigentum auf die nachfolgenden Bestimmungen gestützt wird:

1. Die Kommission und die Organisation tauschen falls erforderlich alle einschlägigen Informationen und Dokumente auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums aus.
2. Zwischen der Kommission und der Organisation finden periodisch Konsultationen statt, um im voraus die Sitzungen von gemeinsamem Interesse festzulegen, an denen jede von Ihnen auf Einladung der anderen teilnehmen kann.
3. Die Kommission und die Organisation konsultieren sich auch darüber, ob die gemeinsame Einberufung von Seminaren und Symposien möglich ist, und arbeiten, wo es angezeigt erscheint, bei anderen Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse zusammen.

Ich habe gebührend davon Kenntnis genommen, dass die Kommission bereit ist in Betracht zu ziehen, dass Vertreter der Organisation in geeigneten Fällen eingeladen werden, sich an den vorbereitenden Arbeiten der Kommission auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums zu beteiligen, bevor die Kommission ihre förmlichen Vorschläge ausarbeitet oder ihre Beschlüsse fasst.

Es wird davon ausgegangen, dass eine Beteiligung der Europäischen Gemeinschaften an der Aushandlung von Verträgen oder anderen internationalen Urkunden im Rahmen von Diplomatischen Konferenzen, die von der Organisation einberufen werden, den Gegenstand der einschlägigen Beschlüsse bilden wird, die die zuständigen Organe der Organisation oder der von der Organisation verwalteten Verbände oder der in Rede stehenden Konferenzen treffen werden.

Den Bestimmungen unter 1 bis 3 oben kann ich zustimmen; sie bilden vorbehaltlich der Billigung durch den Koordinierungsausschuss der Weltorganisation für geistiges Eigentum, um die ich im nächsten September nachsuchen werde, den Zusammenarbeitsvertrag auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Weltorganisation für geistiges Eigentum.

Zwischenzeitlich werde ich die genannten Bestimmungen auf vorläufiger Grundlage anwenden. Ich werde Sie im kommenden Oktober von der Entscheidung des Koordinierungsausschusses der Weltorganisation für geistiges Eigentum unterrichten.

[Ende der Anlage II und des Dokuments]